

BRÜSSEL AKTUELL

20/2024

8. bis 22. November 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

- EU-Haushaltsplan 2025: Einigung zwischen Rat und Parlament 2
- Dienstleistungsfreiheit: EU plant digitales Meldeportal zur Entsendung 2
- Herbstprognose: Aktuelle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung 2

Umwelt, Energie und Verkehr

- Klimaschutz: Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht 3
- Luftqualität: Überarbeitete Richtlinie im Amtsblatt veröffentlicht 3
- Straßenverkehrssicherheit: Bayerisches Ampelprojekt prämiert 3

Soziales, Bildung und Kultur

- Menschen mit Behinderung: Regeln zu einheitlichen EU-Ausweisen treten in Kraft 4
- Öffentliche Gesundheit: Bericht „Gesundheit auf einen Blick“ veröffentlicht 4

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

- Kommission I: Parlament erzielt politisches Übereinkommen 4
- Kommission II: Parlament bestätigt Kommissar:innen nach Anhörungen 6
- EU-Erweiterung: Kommission stellt Länderberichte 2024 vor 7

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

- CERV I: Förderaufruf für Betriebskostenzuschüsse an Rahmenpartner 8
- CERV II: Förderung von Partnerschaftsrahmenvereinbarungen 8
- Transport: Ausschreibung zur Verbesserung der Infrastrukturresilienz 8
- Cybersicherheit: Ausschreibung zur Stärkung europäischer Sicherheitszentren 9

In eigener Sache

- Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB 9
- Film: Starke Kommunen. Starkes Europa. 10

EU-Haushaltsplan 2025: Einigung zwischen Rat und Parlament

Am 16. November 2024 [einigten](#) sich der Rat der Europäischen Union und das EU-Parlament auf den EU-Jahreshaushaltsplan für 2025 (zuletzt *Brüssel Aktuell* 13/2024). Der Plan umfasst insgesamt 199,4 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen (Beträge, die im Jahr 2025 vertraglich vereinbart werden können) und 155,2 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen (Beträge, die 2025 tatsächlich ausgezahlt werden können). Der Plan umfasst auch Mittel für besondere Instrumente, die nicht unter den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) fallen. Der Haushalt ist auf die zentralen politischen Prioritäten der EU ausgerichtet und berücksichtigt zugleich den aktuellen geopolitischen Kontext. Die meisten Mittel fließen in die Bereiche Zusammenhalt, Resilienz und Werte (78,0 Mrd. € für Verpflichtungen), Natürliche Ressourcen und Umwelt (56,7 Mrd. € für Verpflichtungen) sowie Binnenmarkt, Innovation und Digitales (21,5 Mrd. € für Verpflichtungen). Weitere Rubriken sind Migration und Grenzmanagement (4,8 Mrd. € für Verpflichtungen), Sicherheit und Verteidigung (2,6 Mrd. € für Verpflichtungen), Nachbarschaft und die Welt (16,3 Mrd. € für Verpflichtungen) sowie die Europäische öffentliche Verwaltung (12,8 Mrd. € für Verpflichtungen). Der Haushaltsplan 2025 ist der fünfte Jahreshaushalt im Rahmen des MFR 2021–2027 und wird durch die Aufbau- und Resilienzfazilität (Verordnung [2021/241](#), kurz ARF) ergänzt, die die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Pandemie fördern soll. Das Parlament und der Rat haben nun 14 Tage Zeit, die Einigung formell zu bestätigen. Die Billigung durch den Rat, die eine qualifizierte Mehrheit erfordert, wird für den 25. November 2024 erwartet. (Pr/JM)

Dienstleistungsfreiheit: EU plant digitales Meldeportal zur Entsendung

Die EU-Kommission und der Rat haben die [Einführung](#) eines einheitlichen digitalen Meldeportals für Unternehmen vorgeschlagen, die Arbeitnehmende vorübergehend in einen anderen Mitgliedstaat entsenden. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu reduzieren, indem ein einziges Formular anstelle von 27 nationalen Formularen genutzt wird. Dies soll den nötigen Zeitaufwand um 73 % verringern und die Komplexität des Verfahrens senken. Das Portal soll im Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) integriert werden und zielt darauf ab, eine effizientere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Der Vorschlag diene auch dem Schutz der Rechte entsandter Arbeitnehmender, da die Transparenz erhöht und die Einhaltung der Entsendevorschriften besser überwacht werden könne. Das System soll einen Beitrag dazu leisten, Kosten zu reduzieren und die Durchführung gezielter Inspektionen zu erleichtern. Die Kommission prognostiziert, dass durch diese Maßnahmen der Meldeaufwand für Unternehmen um 25 % gesenkt und gleichzeitig der Arbeitnehmerschutz gestärkt wird. Der freie Dienstleistungsverkehr erlaubt es Unternehmen, Arbeitnehmer in andere Mitgliedstaaten zu entsenden, wobei die Einhaltung der Beschäftigungsbedingungen überwacht und durch eine Entsendeerklärung sichergestellt wird. (Pr/LM)

Herbstprognose: Aktuelle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Am 15. November 2024 veröffentlichte die EU-Kommission die [Herbstprognose](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2024 und 2025. Die Wirtschaft der EU zeigt Anzeichen einer allmählichen Erholung und die Inflation sinkt weiter. Durch sinkende Zinssätze und eine sich erholende Kaufkraft wird 2025 für fast alle Mitgliedstaaten wieder Wachstum erwartet. Nach einer Phase der Stagnation wird für 2024 ein Anwachsen des Bruttoinlandsprodukts von 0,9 % in der EU und 0,8 % in der Eurozone erwartet (Deutschland: -0,1 %). Innerhalb der EU prognostiziert die Kommission ein Wachstum von 1,5 % im Jahr 2025 und von 1,8 % im Jahr 2026; für die Eurozone liegen die Schätzungen bei 1,3 % Wachstum für das Jahr 2025 und 1,6 % Wachstum für das Jahr 2026 (Deutschland: 2025: 0,7 % und 2026: 1,3 %). Die Inflation in der EU soll von 6,4 % im Jahr 2023 auf voraussichtlich 2,6 % im Jahr 2024 und weiter auf 2,4 % im Jahr 2025 sinken. In der Eurozone wird ein ähnlicher Rückgang erwartet: von 5,4 % im

Jahr 2023 auf 2,4 % im Jahr 2024 und 2,1 % im Jahr 2025 (Deutschland: 2024: 2,4 %; 2025: 2,1 %). Unwägbarkeiten und Risiken halten vor allem durch den anhaltenden Angriffskriegs Russlands in der Ukraine an. Eine Ausweitung der protektionistischen Handelspolitik könnte überdies die offene Wirtschaft der EU belasten. Die EU-Arbeitslosenquote bleibt laut der Prognose im Jahr 2024 stabil bei 6,1 % und soll leicht 2025 auf 5,9 % sinken. Für die Eurozone wird die Arbeitslosenquote für 2024 auf 6,5 % und für das Jahr 2025 auf 6,3 % geschätzt (Deutschland: Stagnation bei 3,3 %). (Pr/NL)

Umwelt, Energie und Verkehr

Klimaschutz: Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht

Am 31. Oktober 2024 veröffentlichte die Kommission den aktuellen Fortschrittsbericht zum Klimaschutz, der den jährlichen Bericht über die Lage der Energieunion (*Brüssel Aktuell* 16/2024) ergänzt. Der [Fortschrittsbericht](#) (englischsprachig) dokumentiert deutliche Fortschritte bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen: 2023 sanken die Emissionen in der EU im Vergleich zu 2022 um 8,3 %, sodass die Netto-Emissionen nun 37 % unter dem Niveau von 1990 liegen (S. 3). Gleichzeitig stieg das BIP seit 1990 um 68 %, was die kontinuierliche Entkopplung von Emissionen und Wirtschaftswachstum unterstreicht (S. 3). Die EU bleibt somit auf Kurs, ihr Ziel einer Emissionssenkung von mindestens 55 % bis 2030 zu erreichen (S. 6). Die Emissionen aus Strom- und Industrieanlagen, die unter das EU-Emissionshandelssystem (Richtlinie [2003/87/EG](#)), kurz ETS) fallen, sanken um 16,5 % (S. 12). Auch die Emissionen aus der Strom- und Wärmeerzeugung nahmen gegenüber 2022 um 24 % ab – vor allem durch den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie sowie den Rückgang der Kohleverstromung (S. 12). Die Emissionen von Gebäuden, Landwirtschaft, Verkehr, kleiner Industrie und Abfällen sanken um rund 2 %, wobei die größte Reduktion im Gebäudesektor (5,5 %) erreicht wurde (S. 17). Im Bereich Landnutzung und Forstwirtschaft (LULUCF) erholte sich die natürliche Kohlenstoffsénke der EU um 8,5 %, was den rückläufigen Trend der letzten zehn Jahre umkehrt (S. 5). Einzig die Emissionen aus dem Luftverkehr stiegen um 9,5 % (S. 5). Das EU-Emissionshandelssystem erzielte 2023 Einnahmen von 43,6 Mrd. €, die in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden (S. 13). Der Bericht zeigt zwar ermutigende Entwicklungen, hebt jedoch auch hervor, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Klimaziele für 2030 vollständig zu erreichen. (Pr/JM)

Luftqualität: Überarbeitete Richtlinie im Amtsblatt veröffentlicht

Die überarbeitete [Richtlinie](#) über die Luftqualität und saubere Luft für Europa wurde am 20. November 2024 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die neuen Normen orientieren sich stärker an den Leitlinien der WHO und betreffen u. a. Schadstoffe wie PM10, PM2,5, Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid (Art. 7). Zudem regelt die Richtlinie stärker den Einsatz von Probenahmenstellen (Art. 9 i.V.m. Anhang IV). Mitgliedstaaten können unter bestimmten Bedingungen eine Fristverlängerung beantragen (Art. 18). Die Öffentlichkeit hat künftig das Recht, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einem Gericht oder einer anderen auf gesetzlicher Grundlage geschaffenen unabhängigen und unparteiischen Stelle haben, im Zusammenhang mit den Regelungen der Richtlinie (Art. 27). Zudem regelt die Richtlinie den Schadenersatz, wenn Verstöße gegen die Vorschriften bestehen (Art. 28). Die Richtlinie muss innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden und tritt am zwanzigsten Tag (10.12.2024) nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. (PW)

Straßenverkehrssicherheit: Bayerisches Ampelprojekt prämiert

Am 14. November 2024 wurde in Brüssel der „Excellence in Road Safety Award“ (dt.: Auszeichnung für hervorragende Leistungen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit) [verliehen](#). Eine der Auszeichnungen ging an die Zentralstelle Verkehrsmanagement in Landshut, Bayern, für ihre innovative Entwicklung intelligenter Ampelsysteme, die die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden erhöhen. Die prämierten Ampeln setzen laut Auswahljury auf fortschrittliche Technologien wie Einsatzfahrzeug-Priorisierung,

Kollisionswarnsysteme und optimierte Grünphasen für Fußgänger:innen und Radfahrende. Besonders profitierten ungeschützte Verkehrsteilnehmende wie Schulkinder, ältere Menschen und Personen mit Mobilitätseinschränkungen. Der [Preis](#) (englischsprachig) wird jährlich von der Europäischen Charta für Straßenverkehrssicherheit verliehen und würdigt herausragende Beiträge zur Verkehrssicherheit in Europa. Die bayerische Ampel erhielt die Auszeichnung in der Kategorie Technologie und Innovation. Weitere Gewinner kamen aus Österreich, Spanien und Italien. (Pr/NL)

Soziales, Bildung und Kultur

Menschen mit Behinderung: Regeln zu einheitlichen EU-Ausweisen treten in Kraft

Zum 4. Dezember 2024 tritt die [Richtlinie](#) (2024/2841/EU) zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderung in Kraft (*Brüssel Aktuell* 8/2024), nachdem sie am 14. November 2024 im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde. Zuletzt hatten die Mitgliedstaaten im Rat dem Rechtsakt am 14. Oktober 2024 abschließend zugestimmt. Darüber hinaus wurde die ergänzende [Richtlinie](#) (2024/2842/EU) angenommen, mit der die genannte Richtlinie auf Drittstaatsangehörige ausgedehnt wird, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten. Mit den europaweit anerkannten Ausweisen soll Menschen mit Behinderungen das Reisen innerhalb Europas erleichtert werden. Bis zum 5. Juni 2027 müssen die EU-Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen und veröffentlichen, um sie ab dem 5. Juni 2028 anzuwenden (Art. 21). (CR)

Öffentliche Gesundheit: Bericht „Gesundheit auf einen Blick“ veröffentlicht

Am 18. November 2024 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ([OECD](#)) den englischsprachigen [Bericht](#) „Health at a Glance: Europe 2024“ (dt. „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2024“). Eine deutschsprachige [Zusammenfassung](#) des Berichts sowie ein [Informationsblatt](#) mit den wichtigsten Daten sind ebenfalls verfügbar. Der zweijährliche Bericht basiert auf Daten der 27 EU-Mitgliedstaaten, der EU-Beitrittskandidaten sowie weiteren europäischen Staaten. Die Ausgabe 2024 präsentiert die wichtigsten Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme nach der Coronavirus-Pandemie. Zwei miteinander verknüpfte Themen stehen dabei im Vordergrund: Fachkräftemangel im Gesundheitswesen in Europa und die jüngsten Trends im Bereich der Gesundheit der alternden europäischen Bevölkerung. Des Weiteren wird ein vergleichender Überblick über die neuesten Daten zum Gesundheitszustand, zu Risikofaktoren und zur Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme gegeben. (CR)

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Kommission I: Parlament erzielt politisches Übereinkommen

Am 20. November 2024 erzielten die Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Sozialdemokraten (S&D) und der Liberalen (Renew Europe) im EU-Parlament eine politische [Übereinkunft](#) (englischsprachig), über die Zusammenarbeit in der neuen Legislaturperiode 2024-2029, die eine Grundlage für die Bestätigung aller designierten Anwärtinnen und Anwärt der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen darstellt, nachdem die parlamentarischen Anhörungen stattgefunden hatten (diese Ausgabe *Brüssel Aktuell*). Voraussichtlich am 27. November 2024 wird das Plenum des Parlaments namentlich über das Kollegium en bloc abstimmen, womit (im Falle einer Zustimmung) die neue Kommission zum 1. Dezember die Arbeit aufnehmen könnte.

Auflösung der politischen Blockade

Medienberichten zufolge entstand im Zuge der parlamentarischen Anhörungen (zuletzt *Brüssel Aktuell* 17/2024) eine Blockade zwischen den Fraktionen des Parlaments, die eine Bestätigung aller sechs

designierten Exekutiven Vizepräsidenten und des ungarischen Kommissars über Tage verhinderte. Ein Amtsantritt der neuen Kommission wie vorgesehen zum Dezember 2024 erschien zunehmend fraglich. Der Gegensatz bestand v. a. darin, dass die von Spanien nominierte Sozialistin, Theresa Ribera Rodriguez, zuständig für den sauberen, fairen und wettbewerbsfähigen Übergang (inkl. Beihilferecht) von den Fraktionen rechts der Mitte abgelehnt wurden, wohingegen der rechtskonservative Italiener, Raffaele Fitto (EKR), zuständig für die Kohäsionspolitik, von den linken Fraktionen keine Zustimmung fand, aber von der EVP mit unterstützt wurde. Durch eine politische Übereinkunft der Fraktionen der EVP, S&D und Renew Europe konnte eine Grundlage für eine verstetigte Zusammenarbeit gefunden werden, die es den Fraktionen ermöglichte, die designierten Kommissar:innen der jeweils anderen Seite doch noch vorbehaltlich der Abstimmung im Plenum zu bestätigen.

Die politische Übereinkunft

Das als *“Platform Cooperation statement”* beschriebene Dokument, das von den Vorsitzenden der drei beteiligten Fraktionen verkündet wurde, betont den Willen, auf Grundlage der von Kommissionspräsidentin von der Leyen am 18. Juli 2024 in Straßburg vorgestellten politischen Leitlinien (*Brüssel Aktuell* 14/2024) zusammen zu arbeiten. Dazu gehört eine Bekräftigung, aufbauend auf **gemeinsamen Werten**, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, im neuen Parlament gemeinsam Politik zu gestalten. Die Zusammenarbeit soll auch die Ukraine unterstützen und pro-europäischen ausgerichtet sein. Ferner steht die **Wahrung des Wohlstands** in der EU im Zentrum, die durch nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Vorsorge und den digitalen Übergang ermöglicht werden soll. Wohingegen Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und Bürokratie abgebaut werden sollen, soll weiterhin an den Zielen des Grünen Deals festgehalten werden. Im Bereich von **Sicherheit, Asyl und Migration** wird eine rasche Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets durch ein besseres Außengrenzmanagement angestrebt. Das Schengen-System soll erhalten bleiben und darüber hinaus soll die europäische Verteidigungsindustrie unterstützt werden. Die Zusammenarbeit soll auch bei der **Erhaltung der Ernährungssicherheit, beim Wasser und bei der Umwelt** fortgeführt werden. Hierbei wird insbesondere die Bedeutung der Landwirtschaft als strategischer Sektor betont. Die **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** soll verteidigt werden, auch im Bereich von Haushaltskonditionalitäten, sowie Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit geschützt werden. Die Mehrheit im neuen Parlament setzt sich für eine **regelbasierte internationale Ordnung** ein, unterstützt die EU-Erweiterungspolitik und insbesondere die Ukraine und plädiert für einen pragmatischen und zukunftsorientierten Umgang in den transatlantischen Beziehungen nach den Wahlen in den USA. Hinsichtlich des **EU-Haushalts** betonen die drei Fraktionen, dass dieser ambitioniert, ergebnisorientiert und strategisch ausgerichtet sein müsse. Die verschiedenen Fonds müssen einfacher ausgestaltet sein und flexibel auf neue Krisen reagieren können. Rechtsstaatliche Schutzmechanismen bleiben bei der Haushaltskontrolle notwendig. Neue Eigenressourcen auf EU-Ebene werden als notwendig erachtet. Schließlich sprechen sich EVP, S&D und Renew für notwendige **Reformen** der EU-Verträge und für eine bessere rechtliche Stellung des EU-Parlaments aus, um die Repräsentationsfunktion für die Bürgerinnen und Bürger der EU sicherzustellen. Eine Überarbeitung der Regeln bzgl. der interinstitutionellen Zusammenarbeit mit Kommission und Rat wird angestrebt.

Kommunale Bewertung

Beobachter verglichen diese politische „Plattform“-Übereinkunft bereits mit einer Art Koalitionsvertrag, der in Deutschland zur Sicherung parlamentarischer Mehrheiten üblich ist, im EU-Parlament so jedoch noch nicht vorkam. Wenngleich das vorliegende Dokument weniger detailliert als ein Koalitionsvertrag die Zusammenarbeit der drei „Mitte“-Fraktionen von EVP, S&D und Renew ausbuchstabiert, soll es sicherstellen, dass politische Mehrheiten unter Einbezug von politischen Kräften der (rechtsextremen) Ränder vermieden werden. Inwiefern dieses Bekenntnis zur politischen Zusammenarbeit über die ganze Legislaturperiode trägt, jetzt nachdem politische Mehrheiten jenseits von S&D und Renew rechnerisch möglich sind – und sich bereits in einzelnen Abstimmungen bspw. zur Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten ergaben –, muss abgewartet werden. Den Kommunen ist daran gelegen, dass das Parlament politisch arbeitsfähig und als Institution berechenbar bleibt, damit Gesetzgebungsverfahren, die die kommunale Ebene betreffen, unter Einbezug kommunaler Sichtweisen, zu guten Ergebnissen führen können. (NL)

Kommission II: Parlament bestätigt Kommissar:innen nach Anhörungen

Die neu bestätigten EU-Kommissar:innen haben sich in ihren Anhörungen im Europäischen Parlament den Fragen der Abgeordneten gestellt und ihre Prioritäten für die kommende Amtszeit vorgestellt. Diese Anhörungen dienten dazu, ihre fachliche Kompetenz sowie ihre politischen Ziele zu überprüfen. In diesem Artikel werden die zentralen Aussagen zusammengefasst und die wichtigsten Themen hervorgehoben, die während der Anhörungen zur Diskussion standen.

Teresa Ribera Rodriguez

In ihrer Anhörung betonte Teresa Ribera Rodriguez die Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren zur Beurteilung von staatlichen Beihilfen, insbesondere im Rahmen des Clean Industrial Deal. Ziel sei es, erneuerbare Energien rascher auszubauen, die industrielle Dekarbonisierung zu fördern und Produktionskapazitäten für saubere Technologien in Europa zu sichern. Sie sprach sich für Unternehmensfusionen aus, sofern diese den Wettbewerb nicht gefährden und KMU nicht benachteiligen. Ribera hob die Notwendigkeit einer stärkeren Kartellrechtsdurchsetzung zum Schutz kleiner Unternehmen hervor. Maßnahmen zur Umsetzung des Green Deals umfassen den Dialog mit Regionen und Bürgern sowie den Ausbau der Verwaltungskapazitäten. Ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz soll nachhaltige Produktionsmuster fördern, während die EU als Produktionsstandort für batterieelektrische Fahrzeuge erhalten bleiben soll. Zudem drängt Ribera auf die rasche Genehmigung erneuerbarer Energieprojekte und die Senkung von Energiepreisen, insbesondere zugunsten von KMU.

Henna Virkunen

Die finnische Politikerin Henna Virkunen, designiert für die Position der Exekutiv-Vizepräsidentin der neuen EU-Kommission, betonte in ihrer Anhörung im Europäischen Parlament zentrale Vorhaben für ihre Amtszeit, mitunter ihre Pläne zur Stärkung der digitalen Infrastruktur in Europa. Dabei sprach sie sich klar für technische Souveränität und digitale Resilienz aus. So kündigte sie die Entwicklung eines Digital Networks Act an, der erschwingliche und zuverlässige Breitbandverbindungen in städtischen und ländlichen Gebieten sicherstellen soll. Ziel ist, digitale Chancengleichheit in allen EU-Regionen zu fördern und den Ausbau von 5G und langfristig 6G voranzutreiben. Ebenso betonte sie die Wichtigkeit der Cybersicherheit. Mit der Durchsetzung der Cyber-Resilienz-Verordnung und der Cybersicherheitsrichtlinie sollen kritische Infrastrukturen und digitale Produkte besser geschützt werden. Schließlich stellte Virkunen klar, dass sie sich für die Einführung eines Demokratie-Schutzschilds einsetzt, um die EU-Mitgliedstaaten besser gegen Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Institutionen zu wappnen.

Stéphane Séjourné

Stéphane Séjourné, übernimmt mit der Aufgabe der Überwachung der "Wohlstands- und Industriestrategie" die Verantwortung für die Reform der öffentlichen Beschaffung. Den Vorschlag für diese Reform lege er der Kommission allerdings erst nach einem Austausch mit lokalen und regionalen Behörden vor. Auf die Rückfragen, inwieweit soziale und auch grüne Aspekte in dieser Reform eine Rolle spielen könnten, geht Séjourné nicht ein. Als zukünftige Aufsicht über die Handels-, Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten spricht er sich für den "Green Deal" aus und lege demnächst einen Vorschlag für die Entwicklung grüner Leitmärkte vor. Bei der Industriestrategie hebt er die Stärkung der produzierenden Industrie in Europa hervor und weist auf den dringenden Nachholbedarf der Technologien in Europa hin.

Raffaele Fitto

Raffaele Fitto, womöglich einer der umstrittensten designierten Kommissare und zugleich Vizepräsident für Kohäsion und Reformen, legte in der Parlamentsanhörung seine Loyalität gegenüber der EU dar. Die zentrale Mittelverteilung durch die Mitgliedstaaten an die Regionen könne zwar einen Anreiz darstellen, um unionsfreundliche Initiativen voranzubringen. Der ehemalige Regionalpolitiker betonte allerdings auch die Bedeutung der Städte und Regionen und stellte eine intensivere und frühzeitigere Kooperation eben dieser bei der Kohäsionspolitik in Aussicht. Dies beinhaltet primär eine weitreichende Beteiligung in finanzieller Hinsicht. Die konkrete Ausgestaltung hiervon blieb allerdings vorerst offen. Zudem plant er eine starke Städteagenda und beabsichtigt, den Abbau regionaler Disparitäten zu voranzutreiben.

Magnus Brunner

Magnus Brunner, der die Rolle des Kommissars für innere Angelegenheiten und Migration übernehmen wird, sprach sich angesprochen auf Migration und Abschiebungen für eine härtere Gangart aus. Hinsichtlich der konkreten Themen wie Rückführungsrichtlinie sowie Asylzentren in Drittstaaten blieb Brunner vage, sprach sich allerdings für eine generell Ideenoffenheit im Bereich irreguläre Migration aus. Grundrechte müssten jedoch stets gewahrt werden. Europol aber insbesondere Frontex soll eine tragende Rolle zukommen; diese sollen dementsprechende finanzielle Mittel sowie Personal erhalten. Gleichmaßen betonte Brunner die Notwendigkeit des Zuzugs dringend benötigter Fachkräfte aus Drittstaaten, hier müssten Europas Grenzen durchlässiger werden. Des Weiteren befürwortet Brunner einen raschen Beitritt Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum.

Valdis Dombrovskis

Ein zentrales Ziel von Valdis Dombrovskis für seine kommende Amtszeit als EU-Kommissar ist die Reduktion administrativer und berichtspflichtiger Anforderungen, um die Produktivität und Investitionen von Unternehmen zu fördern und Europas Fähigkeit zu steigern, ausländische Investitionen anzuziehen. Zudem strebt er die Vereinfachung und Digitalisierung des regulatorischen Rahmens an, um ein unternehmerfreundlicheres Umfeld zu schaffen, ohne dabei die politischen Ziele und hohen Standards der EU zu gefährden. Besonders wichtig ist ihm, die Auswirkungen von EU-Gesetzen entlang der gesamten Lieferkette zu berücksichtigen, wobei er einen besonderen Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) legt. Dombrovskis verteidigte außerdem die neuen EU-Haushaltsregeln, die den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei Investitionen bieten, während sie gleichzeitig das Marktvertrauen stärken und eine nachhaltige Fiskalpolitik fördern. Darüber hinaus stellte er eine mögliche EU-Vermögenssteuer in Aussicht, da diese auch auf globaler Ebene diskutiert werde. (Pr/PW)

EU-Erweiterung: Kommission stellt Länderberichte 2024 vor

Am 30. Oktober 2024 stellte die EU-Kommission ihr diesjähriges [Erweiterungspaket](#) (mit [Anhängen](#)) vor, das den aktuellen Stand der Beitrittsverfahren der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine und der Türkei bewertet. In diesem Erweiterungspaket unterstreicht die Kommission den strategischen Charakter der Erweiterungspolitik angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen bei Entscheidungen über eine EU-Mitgliedschaft. In diesem Zusammenhang wird die Erweiterung der EU als historische Chance und als Investition für alle – EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer – betont. Prinzipien der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundwerte sollen die Erweiterungspolitik auch in Zukunft leiten. Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der EU zu werden, sofern er die gemeinsamen Werte der EU achtet und sich für deren Förderung einsetzt. Die vom Europäischen Rat im Jahr 1993 in Kopenhagen festgelegten Kopenhagener Kriterien sind für den Prozess der Integration in die EU für alle Bewerberländer und potenziellen Bewerberländer von grundlegender Bedeutung. Im Vergleich zum letztjährigen Erweiterungspaket (*Brüssel Aktuell* 18/2023), in dem die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Ukraine und Moldau empfohlen wurde, dem der Rat anschließend nachkam, hat sich die Beitrittsperspektive für Georgien inzwischen wieder faktisch geschlossen. Nachdem Tiflis 2022 noch einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellte und der Rat Georgien den Status eines Bewerberlandes im Dezember 2023 zuerkannte, wird der EU-Beitrittsprozess vonseiten der EU gegenwärtig nicht mehr weiterverfolgt. Grund sind politische Entwicklungen in Georgien, wie mehrere Mängel bei der Parlamentswahl im Oktober 2024, die begründete Zweifel an demokratischen und rechtsstaatlichen Standards aufkommen ließen. Beobachtern zufolge steigt der politische Einfluss Russlands in Georgien zusehends an. (NL)

CERV I: Förderaufruf für Betriebskostenzuschüsse an Rahmenpartner

Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) der EU-Kommission wurde ein neuer [Förderaufruf](#) (englischsprachig) für Betriebskostenzuschüsse von Rahmenpartnerschaften veröffentlicht. Ziel dieser Aufforderung ist der Schutz, die Förderung und die Sensibilisierung für die Rechte durch die finanzielle Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene für die Förderung und Pflege dieser Rechte tätig sind. Die Aufforderung zielt somit auch darauf ab, den Schutz und die Förderung der Werte der Union, einschließlich der Achtung der Rechtsstaatlichkeit, zu stärken und zum Aufbau einer demokratischeren EU, eines demokratischen Dialogs, der Transparenz und der verantwortungsvollen Staatsführung beizutragen. Mit der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sollen die Jahresarbeitsprogramme 2026 der Rahmenpartner (europäische Netze, auf EU-Ebene tätige Organisationen der Zivilgesellschaft und europäische Denkfabriken) unterstützt und die Kapazitäten der Rahmenpartner gestärkt werden, damit sie aktiv zur Entwicklung und Umsetzung der EU-Politik beitragen können, mit einer Finanzhilfe von insgesamt 36 Mio. €. Die Antragsfrist läuft bis zum **5. Februar 2025**. Eine Informationsveranstaltung für interessierte Bewerber findet am 5. Dezember 2024 [online](#) statt. (Pr/LM)

CERV II: Förderung von Partnerschaftsrahmenvereinbarungen

Bis zum **28. Januar 2025** ist eine Bewerbung im Rahmen des CERV-[Programms](#) (englischsprachig) für dreijährige Partnerschaftsabkommen möglich. Die Aufforderung zielt darauf ab, dreijährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit europäischen Netzwerken, auf EU-Ebene tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene und europäischen Denkfabriken zu schließen und die Kapazitäten der Rahmenpartner zu stärken, damit sie aktiv zur Entwicklung und Umsetzung der EU-Politik beitragen können. Subventioniert werden zahlreiche Initiativen, priorisiert behandelt werden u. a. Projekte zur Förderung und zum Schutz der Werte der Union sowie Aktionspläne zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jeglicher Form von Intoleranz. Antragsberechtigt sind europäische Netzwerke, Organisationen der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene sowie europäische Think Tanks. Die Evaluation der Anträge findet nach Ablauf der Antragsfrist statt, die Vertragsunterzeichnung ist für Juli 2025 anberaumt. Zusätzlich ist eine weitere Ausschreibung aktiv, die die Betriebskostenzuschüsse für diese Rahmenpartnerschaften bezuschusst (diese Ausgabe). Eine Informationsveranstaltung für interessierte Bewerber findet am 5. Dezember 2024 [online](#) statt. (Pr/LM)

Transport: Ausschreibung zur Verbesserung der Infrastrukturresilienz

Am 24. September 2024 wurde im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) die [Ausschreibung](#) (englisch) „Improving transport infrastructure resilience – studies, works or mixed“ (dt.: Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur - Studien, Arbeiten oder gemischte Projekte) gestartet. Ziel ist die Anpassung und Modernisierung von Verkehrsinfrastrukturen, um deren Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und Naturkatastrophen zu verbessern. Gefördert werden Studien und / oder Bauvorhaben, die bestehende Infrastrukturen anpassen, modernisieren oder mit intelligenten Überwachungssystemen ausstatten. Die Projekte müssen nachweisen, dass bei Untätigkeit erhebliche Risiken bestehen und sich auf nationale Anpassungspläne oder Strategien der betroffenen Mitgliedstaaten beziehen. Besonders empfohlen wird die Einreichung größerer Projekte mit einem Mindestförderbetrag von 1 Mio. €. Insgesamt stehen 160 Mio. € zur Verfügung. Vorschläge können bis zum **21. Januar 2025, 17:00 Uhr** eingereicht werden. Weitere Informationen zur Ausschreibung und Bewerbung sind im [EU-Förderportal](#) (englisch) verfügbar. (Pr/JM)

Cybersicherheit: Ausschreibung zur Stärkung europäischer Sicherheitszentren

Am 4. Juli 2024 startete im Rahmen des Digital Europe Programmes die [Ausschreibung](#) (englisch) „Deployment actions in the area of cybersecurity“ (dt.: Einsatzmaßnahmen im Bereich der Cybersicherheit). Ziel ist es, nationale und grenzüberschreitende Sicherheitsbetriebszentren (SOCs) zu fördern und deren Zusammenarbeit zu stärken. Dazu gehören Maßnahmen wie die Entwicklung technischer Rahmenbedingungen für den Informationsaustausch, die Verknüpfung von SOCs mit Akteuren aus der Industrie und die Förderung innovativer Technologien wie Künstlicher Intelligenz. Die EU stellt hierfür ein Budget von 102,8 Mio. € bereit. Gefördert werden öffentliche und private Akteure, die durch innovative Projekte die Cybersicherheit im europäischen Raum voranbringen wollen. Besondere Priorität hat die Vermeidung ausländischer Abhängigkeiten in diesem Bereich. Anträge können bis zum **21. Januar 2025, 17:00 Uhr** eingereicht werden. Weitere Informationen zur Ausschreibung und Bewerbung sind im [EU-Förderportal](#) (englisch) verfügbar. (Pr/JJM)

In eigener Sache

Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Im Namen des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) sowie der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen möchten wir Sie für

Dienstag, den 26. November 2024 um 18:30 Uhr

in das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Avenue des Nerviens 9-31, 3. Etage
in 1040 Brüssel

Sowie optional im Livestream (Einwahldaten erhalten Sie nach Anmeldung)

zu einem Vortrag von Herrn Uwe Lübking (Beigeordneter a. D. des DStGB) zum Thema
„Die historische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung

und ihre Aufgaben am Beispiel der sozialen Fürsorge“

einladen.

Herr Uwe Lübking – ein langjähriger Kenner der deutschen und europäischen Sozialpolitik – war bis Dezember 2023 Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er hat über Jahrzehnte die deutsche und europäische Sozialpolitik begleitet und weiß um ihre historischen Wurzeln, die gerade im deutschen, niederländischen und österreichischen Bereich von kirchlichen, gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Einrichtungen getragen wurde. Diese historischen Überlegungen passen sich im Übrigen geistesgeschichtlich oft nahtlos in die grundsätzlichen Überlegungen der Europäischen Union ein, die nach ihren Entscheidungen zur Klima-, Verkehrs- Landwirtschafts- und Energiepolitik ihre potentiell offene Flanke im Bereich der Sozialpolitik schließen sollte. Wir bedanken uns bei Herrn Lübking für seine Zusage.

Mit dem Vortrag am 26. November 2024 soll die Tradition von Veranstaltungen des Europabüros des DStGB sowie der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen fortgesetzt werden, die im Jahr 2003 begann und in Brüssel an den Jahrestag des Inkrafttretens der preußischen Städteordnung vom 19. November 1808 erinnert. Der 19. November 1808 gilt allgemein als Neubeginn der kommunalen Selbstverwaltung nach dem Ende des alten Deutschen Reiches (1806) und bildet bis heute die geistige

Grundlage der deutschen kommunalen Selbstverwaltung gemäß Artikel 28 des Grundgesetzes. Der DStGB und seine Schwesterverbände sind der Auffassung, dass diesem wichtigen Bestandteil der deutschen Verfassungstradition jährlich in der europäischen Hauptstadt gedacht werden soll.

Wenn Sie unserer Einladung folgen möchten, ersuchen wir Sie höflich, uns dies unter diesem [Link](http://www.lyyti.in/HistorischeVeranstaltung2024) (www.lyyti.in/HistorischeVeranstaltung2024) mitzuteilen. Mit der Registrierungsbestätigung erhalten Sie automatisch die Einwahldaten, falls für Sie ausschließlich eine virtuelle Teilnahme möglich ist!

Im Anschluss an den Vortrag bitten wir Sie noch – wie immer – zu einem Imbiss in den Räumen des Büros. Gerne können Sie diese Einladung auch an interessierte Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Haus weiterleiten.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen

Film: Starke Kommunen. Starkes Europa.

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens ihres gemeinsamen Europabüros haben die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs einen beeindruckenden Imagefilm veröffentlicht. Unter dem Titel „*Starke Kommunen. Starkes Europa.*“ beleuchtet der Film die zentrale Rolle, die Kommunen bei der Gestaltung europäischer Zukunftsthemen spielen. Der Imagefilm zeigt anschaulich, wie Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg durch ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie durch innovative Projekte entscheidend dazu beitragen, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern – von Klimaschutz und Digitalisierung bis hin zu sozialen Fragen. Dabei wird auch deutlich, wie wichtig die Vernetzung und der Austausch auf europäischer Ebene sind, um nachhaltige und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Der Film ist [online](#) verfügbar und richtet sich an ein breites Publikum – von interessierten Bürgerinnen und Bürgern bis hin zu Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Er unterstreicht nicht nur die Erfolge der vergangenen 25 Jahre, sondern motiviert dazu, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der EU auch in Zukunft aktiv zu stärken.